

*Diffamierung,
Repression und
anti-palästinensischer
Rassismus bei der
Fachinformationsstelle
Rechtsextremismus
München*

IN AKTION GEGEN KRIEG UND MILITARISIERUNG

IN AKTION GEGEN KRIEG UND MILITARISIERUNG
MÜNCHEN
OKTOBER 2025

DIFFAMIERUNG, REPRESSION UND ANTI-PALÄSTINENSISCHER RASSISMUS BEI DER FACHINFORMATIONSTELLE RECHTSEXTREMISMUS MÜNCHEN

Im Juni 2024 hat die *Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm)* eine Broschüre herausgebracht, in der sie sich mit der Bewegung *Palästina Spricht München*¹ auseinandersetzt und dieser „antisemitische Positionen“, „islamistische Ideologien“, „Verschwörungsnarrative“ und Sympathien für die Hamas nachzuweisen versucht. Diese Broschüre dient der Stadt München als Grundlage für Einschränkungen der Versammlungsfreiheit bei Kundgebungen, bei denen *Palästina Spricht* anwesend ist und wird von städtischen Strukturen genutzt, um Menschen zu Distanzierungen von *Palästina Spricht* zu drängen.

Die Broschüre besteht aus Diffamierungen, inhaltlichen wie methodischen Fehlern und einseitiger Parteinahme für Israel. Die *firm* ist ein Projekt der Stadt München und trägt aktiv dazu bei, palästinensische Stimmen auszugrenzen. Aufgrund der Selbstbezeichnung als „Fachinformationsstelle“ und wegen ihrer Arbeit zu rechten Strukturen genießt die *firm* bei vielen in und um München hohes Ansehen. Diese Broschüre rechtfertigt ihr Ansehen nicht.

Wir haben uns daher lange mit der *firm* beschäftigt und möchten hier unsere Ergebnisse mit euch teilen. Nach einer kurzen Zusammenfassung unserer Ergebnisse (Teil A) folgt die detailliertere Analyse der *firm*-Broschüre (Teil B). Es gibt in der gesamten Broschüre kaum einen Satz, der nicht propagandistisch geschrieben ist und an dem wir nichts zu kritisieren hätten. Daher haben wir uns entschieden, lediglich Beispiele für grundlegende Fehler aus der Broschüre aufzugreifen.

1 Für einen besseren Lesefluss ist im Folgenden lediglich von *Palästina Spricht* die Rede, wir beziehen uns aber dochgehend auf *Palästina Spricht München*.

INHALT

A

ZUSAMMENFASSUNG

Seite 6

B

ANALYSE

Seite 8

I

EINLEITUNG

1. Wer ist die *firm*? Seite 9
2. Wer ist *Palästina Spricht*? Seite 12

II

METHODENKRITIK

1. Unklare Methodik Seite 13
2. Wer ist eigentlich „Mitglied“
von *Palästina Spricht*? Seite 14
3. Warum fragt man
Palästina Spricht nicht? Seite 16

4.	Quellen und Belege	Seite 18
5.	3-D-Test für Antisemitismus	Seite 18
6	Dekontextualisierung – Kein Wort über die Lebensbedingungen der Palästinenser:innen	Seite 20

III

INHALTLICHE KRITIK

1.	Ein Staat für Jüd:innen und Palästinenser:innen – eine antisemitische Forderung?	Seite 22
2.	Die Einstaatenrealität	Seite 23
3.	<i>BDS</i>	Seite 24
4.	Holocaustverharmlosung und Nazi-Vergleiche?	Seite 25
5.	Medienkritik	Seite 27
6.	Angebliche Solidaritätskundge- bungen mit „Terrorist:innen“	Seite 28

IV

FAZIT

1.	Diffamierung statt Analyse	Seite 30
2.	Zusammenarbeit einstellen	Seite 30

Für alle, die keine Zeit haben, die lange Version zu lesen, möchten wir die wesentlichen Ergebnisse unserer Analyse der *firm*-Broschüre voranstellen. Wenn euch unsere Argumente, Quellen und die tiefere Analyse interessieren, findet ihr diese in Teil B.

1.

Die Broschüre der *firm* ist keine Analyse. Statt eines wissenschaftlichen Vorgehens nach einer klaren Methode werden zahlreiche unzulässige Methoden kombiniert, um *Palästina Spricht* gezielt zu diffamieren. Aussagen werden aus ihrem Kontext gerissen, Aussagen irgendwelcher Demonstrationsteilnehmer:innen ohne belastbare Belege *Palästina Spricht* zugeschrieben, Aussagen, die lediglich die Realität in Israel und Palästina wiedergeben, als „antisemitisch“ diffamiert und zahlreiche unbelegte Behauptungen aufgestellt.

2.

Quellen und Belege vermisst man in der Broschüre. Große Teile der Argumentation bauen auf den Social Media-Posts einzelner Personen auf. Die Mitgliedschaft dieser Personen bei *Palästina Spricht* kann allerdings nicht belegt werden. Zu den Posts werden zudem keine Quellenangaben – und häufig nicht einmal Screenshots der Bilder – geliefert. Stattdessen werden die Posts abstrakt und häufig falsch umschrieben.

3.

Zentrale Begriffe in der Broschüre werden nicht definiert. Kategorien wie „Antisemitismus“, „Islamismus“, „Verschwörungstheorien“ werden nicht definiert oder anhand transparenter Kriterien überprüft. Es werden lediglich Schlagworte zur Diffamierung einer legitimen Protestbewegung in den Raum geworfen. Mit dieser Diffamierung verfolgt die *firm* das Ziel, *Palästina Spricht* von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu isolieren – eine Strategie, die leider sehr gut funktioniert.

4.

Die *firm* trägt mit ihrer Broschüre bewusst dazu bei, dass eine migrantische Bewegung einer unterdrückten Bevölkerung in Deutschland ausgegrenzt wird.

5.

Die *firm* hat zumindest ein ideologisches Interesse an der Diffamierung und setzt pro-israelische Standpunkte voraus, die sie als „neutral“ darstellt.

6.

Die Broschüre blendet die Lebensrealität von Palästinenser:innen hier ebenso wie in Palästina aus.

7.

Die „Analyse“ der *firm* erfüllt weder Standards für wissenschaftliche Arbeit noch für die Zusammenarbeit zwischen linken Gruppen. Wer es mit linker, antifaschistischer Arbeit ernst meint, sollte nicht mehr mit der *firm* zusammenarbeiten, bis sie ihre diffamierende Broschüre zurückgenommen hat.

Die *firm* recherchiert, fotografiert und dokumentiert bei Versammlungen und gibt Analysen heraus. In der Vergangenheit hat sie hauptsächlich zu rechten Akteuren oder Bewegungen, die von Rechten vereinnahmt worden sind, wie etwa die der „Corona-Kritiker“, gearbeitet. Seit Beginn des Genozids in Palästina beschäftigt sich die *firm* dagegen auch mit der Beobachtung der linken und säkularen Struktur *Palästina Spricht* und insgesamt der gesamten palästina-solidarischen Bewegung.

Die Broschüre zu *Palästina Spricht* ignoriert dabei konsequent wissenschaftliche und journalistische Standard, ebenso wie die Realität in Palästina und Israel. Doch was bringt die *firm* dazu, sich einer linken säkularen Bewegung zu widmen? Wir vermuten zwei Motive: Politische Interessen bei der Stadt München – und antipalästinensischen Rassismus bei der *firm* selbst.

Im Folgenden wollen wir auf die Inhalte und Methoden der Broschüre näher eingehen.

1. Wer ist die *firm*?

Die *firm* ist organisiert als gemeinnütziger Verein, sie ist aber keineswegs unabhängig. Sie wurde 2008 als Ergebnis eines Stadtratsbeschlusses gegründet, wird von der Stadt München finanziert und arbeitet auch mit den staatlichen Organen etwa der Versammlungsbehörde zusammen. Die Versammlungsbehörde arbeitet nicht als neutrale Behörde, sondern untersteht politischen Weisungen. So wies der Oberbürgermeister Dieter Reiter die Versammlungsbehörde im Oktober 2023 an, alle pro-palästinensischen Versammlungen zu verbieten. Diese Anweisung wurde später vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof München als rechtswidrig aufgehoben¹, führte allerdings bei einer Versammlung am Odeonsplatz zu massiver Polizeigewalt und Anzeigen gegen Personen, die sich lediglich friedlich versammelt hatten.

Die Münchner Stadtspitze gehört schon seit Jahren zu den auch im bundesweiten Vergleich stärksten Verfechtern einer zionistische Stadtpolitik: So hängt nach mehr als 60.000 bestätigten Toten in Gaza am Münchner Rathaus noch immer eine Israel-Fahne. Noch im Mai 2025 hat der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter die Schirmherrschaft für den „Israeltag“ in München übernommen, bei dem die Staatsgründung Israels gefeiert wurde.

Seit mehreren Jahren versucht die Münchner Stadtspitze bereits, palästinasolidarische und antizionistische Veranstaltungen im Stadtgebiet zu verhindern. Zu einer Veranstaltung des israelischen Haaretz-Journalisten Gideon Levy schickte die Stadt einen Aufpasser, der die Veranstaltung sofort unterbrechen sollte, so Levy zum Boykott seines eigenen Staates aufgerufen hätte². Ein kurz darauf gefasster Stadtratsbeschluss entschied, alle Veranstaltungen, „die sich mit Inhalten, Themen oder Zielen der BDS-Kampagne befassen“, in städtischen Räumen zu verbieten – eine praktische Formu-

1 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-verbot-pro-palaestinensische-versammlung-eilantrag-verwaltungsgerichtshof-1.6290686>

2 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-nur-kritisch-oder-schon-antisemitisch-umstrittener-gast-im-gasteig-1.3520550>

lierung, da das Ziel der BDS-Kampagne ein Ende der israelischen Besatzung, ein Abriss der Mauer durch das Westjordanland und eine Rückkehr der Geflüchteten ist³. 2022 erklärte das Bundesverwaltungsgericht den Stadtratsbeschluss endgültig für rechtswidrig.

Seit einiger Zeit ist nun die Broschüre der *firm* Grundlage fast aller Versuche der Stadt München, gegen palästinasolidarische Veranstaltungen vorzugehen: Die dort entnommenen „Informationen“ oder „Analysen“ sind Teil von Versammlungsverboten und Versammlungsbeschränkungen. Sie werden genutzt, um kulturelle Einrichtungen mit der Androhung der Kürzung von Mitteln unter Druck zu setzen.

So sagt der Münchner Rechtsanwalt Mathes Breuer, mit dem wir für die Broschüre gesprochen haben: „Ich habe bereits einige beraten, denen kurzfristig Räume für ihre Veranstaltungen gekündigt wurden. In vielen Fällen müssen wir davon ausgehen, dass die Stadt München hinter diesen Kündigungen steht, Druck auf Veranstalter macht, mit dem Entzug von Förderung droht und eine Drohkulisse erzeugt. Dabei spielt die Broschüre der *firm* oft eine Rolle“.

Warum ist das problematisch? In der Theorie muss der Staat grundsätzlich im Rahmen des Grundgesetzes handeln, gleiche Standards anwenden und so weiter. Wenn der Staat etwas verbietet oder sich über eine Bewegung äußert, gibt es also Regeln, an die er sich halten muss. Man kann versuchen deren Einhaltung vor Gericht durchzusetzen. Auch wenn solche Gerichtsverfahren nicht immer erfolgreich sind, kann man den Staat zumindest an seinen eigenen Regeln messen und beispielsweise überzogene Repression im Einzelfall vor Gericht angreifen.

Ein privater Verein dagegen muss sich nicht an die Grundrechte halten, sondern kann diese im Gegenteil in Anspruch nehmen. Ein Verein muss sich grundsätzlich nicht rechtfertigen, wenn er Räume etwa nur pro-israelischen Aktivist:innen vermietet, über Versammlungen berichtet oder Fotos von Aktivist:innen macht.

Die Stadt München versucht nun, unter anderem über die *firm*, das Schlechteste aus beiden Welten zu verbinden, sich also nicht für Verbote rechtfertigen zu müssen und diese trotzdem mit der Streichung von Fördermitteln und Gewalt durchzusetzen. Denn viele Verbote, die für staatliche und städtische Organe gelten, gelten für private Vereine nicht. Wenn etwa die Polizei eine Versammlung filmen will, dann sind ihr vom Bundesverfassungsgericht Grenzen gesetzt: Ohne Verdacht auf Gefährdung, dürfen sie keine Veranstaltungen filmen oder politische Strukturen durchleuchten. Wenn Mitarbeiter:innen der *firm* hingegen Fotos von Versammlungen machen, brauchen sie dafür keinen Grund. Das gilt auch für den

3 So verbietet die Stadt beispielsweise eine Filmvorführung der jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe, weil in dem Film die Apartheidsmauer durch das Westjordanland thematisiert wurde und der Abriss der Mauer zu den zentralen Forderungen der BDS-Bewegung zählt.

Verein RIAS, das „Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus“ (für das unter anderem der rechte Aktivist Gerald Hetzel arbeitet) und für zahlreiche antipalästinensische Aktivist:innen, die als „freie Journalist:innen“ auftreten und palästinasolidarische Veranstaltungen dokumentieren. Unklar ist, was mit diesen Aufnahmen passiert. Einige dieser antipalästinensischen Aktivist:innen teilen darüber hinaus ihre Fotos miteinander und speichern sie in ihren Archiven ab. Dadurch entsteht eine Atmosphäre der totalen Überwachung auf palästinasolidarischen Protesten.

Persönliche Gespräche, friedliche Versammlungen, Kinder mit Schildern, alle sind Beobachtungsobjekte der *firm* und alle laufen Gefahr, in der nächsten Pressemitteilung oder „Analyse“ als Antisemit:innen diffamiert und dann von der Stadt München aus öffentlichen und öffentlich-finanzierten Räumen ausgeschlossen zu werden. Diese Einschüchterungstaktik fahren sowohl die Stadt München als auch die *firm* ganz bewusst. Die Broschüre der *firm* über *Palästina Spricht* ist damit ein politisches Instrument, das politisch genutzt wird – und zwar, um palästinensische Perspektiven ebenso wie palästinasolidarische und antizionistische Stimmen aus der Münchner Öffentlichkeit zu verbannen.

Die *firm* ist Teil des *Feierwerks e. V.*, sie ist Teil des kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus, in dem auch Träger sind, die gute Arbeit gegen rechts machen. Das *Feierwerk* ist eine Kultureinrichtung, die nach ihrer Satzung kulturelle Vielfalt, Subkultur und auch Eigeninitiative von jungen Menschen fördern soll. Wie das damit zusammenpasst, dass beim *Feierwerk* mehrere Menschen dafür bezahlt werden, andere Kulturveranstalter unter Druck zu setzen, Konzerte oder Veranstaltungen abzusagen oder organisierte Palästinenser:innen davon auszuschließen, verstehen wir nicht.

Quellen:

Selbstverständnis der *firm*:

<https://www.feierwerk.de/firm/ueber-uns/wer-wir-sind>

SZ: Bericht über rechtswidriges Versammlungsverbot:

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-verbot-pro-palaestinen-sische-versammlung-eilantrag-verwaltungsgerichtshof-1.6290686>

SZ: Bericht über Dieter Reiter, der ein Versammlungsverbot ankündigt:

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-pro-palaestina-demonstration-verbot-reiter-1.6286571>

FAZ: Rechtliche Grenzen von Filmaufnahmen der Polizei:

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsgericht-bayerisches-versammlungsgesetz-teilweise-ausser-kraft-1768501.html>

Satzung des *Feierwerks*:

<https://www.feierwerk.de/ueber-uns/der-verein/leitbild>

2. Wer ist *Palästina Spricht*?

Die Genoss:innen von *Palästina Spricht* beschreiben sich selbst wie folgt:

„Palästina Spricht ist eine politische, demokratische und anti-rassistische Bewegung. Sie vereint palästinensische und nicht-palästinensische Individuen, Aktivist*innen sowie verschiedene Menschenrechtsgruppen in Deutschland. Gemeinsam setzen wir uns für die Palästinenser*innen und ihre Rechte auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ein.“

Palästina Spricht ist also eine Bewegung, keine Organisation. Eine Bewegung von hauptsächlich Palästinenser:innen, die versuchen, in der deutschen Gesellschaft Gehör zu finden. Sie arbeiten mit Kulturveranstaltungen, Klagen und Versammlungen. Das sind alles eigentlich Mittel, die der bürgerliche Staat grundsätzlich als legitim ansieht. Wir haben die Aktivist:innen, die in dieser Bewegung aktiv sind, seit dem Genozid als großartige und stabile Genoss:innen kennengelernt. Die Genoss:innen hatten, obwohl viele gerade um Familie und Freund:innen in Palästina bangen, immer ein offenes Ohr – auch für kritische Diskussionen.

Versuche seitens der *firm* mit den Genoss:innen von *Palästina Spricht* ins Gespräch zu kommen gab es nie. Wir gehen daher auch nicht davon aus, dass es wirklich das Ziel der *firm* ist, islamistische oder rechte Kräfte, die sich mit Palästina solidarisieren wollen, zu entlarven, vielmehr sind ihnen diese Leute recht, um das Anliegen der Palästinenser:innen insgesamt zu diffamieren.

Im Folgenden wollen wir auf die Kern-Argumentationsmuster der Broschüre eingehen und zeigen, was hinter ihnen steht und warum nicht *Palästina Spricht*, sondern vielmehr die *firm* und ihre Broschüre als eine Gefahr für linke progressive Bestrebungen verstanden werden muss.

Quellen:

Selbstverständnis von *Palästina Spricht*:

<https://www.palaestinaspricht.de/ueber-uns>

Die *firm* verspricht dem Namen nach „Fachinformationen“ und suggeriert damit ein wissenschaftliches und neutrales Vorgehen. Nichts könnte weiter von der Realität entfernt sein, denn mit wissenschaftlichen Standards hat die Broschüre der *firm* nichts zu tun. Sie ist vielmehr ein politisches Statement, das klar pro-israelische Positionen vertritt. Wir sind nun weder Wissenschaftler:innen, noch behaupten wir dies, und trotzdem können wir eine mangelhafte Arbeit bewerten. Wir wollen uns dem Ganzen nach Möglichkeit mit dem Verweis auf anerkannte Standards nähern. Anschließend äußern wir uns zu den politischen Standpunkten, die die Broschüre vertritt.

1. Unklare Methodik

Die *Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)* hat „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ (kurz: „Kodex“) entwickelt. In Leitlinie 11 heißt es dort:

„Zur Beantwortung von Forschungsfragen wenden Wissenschaftler*innen wissenschaftlich fundierte und nachvollziehbare Methoden an. Bei der Entwicklung und Anwendung neuer Methoden legen sie besonderen Wert auf die Qualitätssicherung und Etablierung von Standards.“

Nach welchen Standards die *firm* nun bemessen will, ob man *Palästina Spricht* wie im Titel „Antisemitismus“, „Verschwörungs-ideologien“ und „Islamismus“ unterstellen kann, bleibt nach Lektüre der Broschüre unklar. Hinsichtlich der Antisemitismusbegriffs gibt die *firm* immerhin einen Hinweis auf ihre Definition: Sie stützt sich auf die sogenannte „3-D-Regel“¹, mit welcher beispielsweise der – inzwischen selbst vom Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte für zutreffend erklärte² – Vorwurf der Apartheid gegen den israelischen Staat für „antisemitisch“ erklärt wird, weil dieser Vorwurf

1 https://www.feierwerk.de/fileadmin/firm/Analysen___Recherchen/Feierwerk_firm_Analyse_Palaestina_spricht_2024.pdf, S.3-4

2 <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-igh-besatzung-korri-100.html>

Israel „dämonisieren“ würde³. Was sie dagegen als „Verschwörungs-ideologien“ ansieht und was als „Islamismus“, wird nicht verraten.

Das gilt auch dafür, welche Daten die *firm* überhaupt erhebt und wie sie diese auswertet. In der Broschüre finden sich sieben Fotos von Versammlungen, für die als Fotocredits *firm* angegeben ist. Offenbar fotografieren also Mitarbeiter:innen der Organisation Versammlungen oder nutzen Fotos, die andere ihnen exklusiv zur Verfügung gestellt haben. Auf diese Methode des Abfotografierens von Demonstrationen wurde weiter oben schon eingegangen. Abgesehen vom Abdruck der Fotos verliert die *firm* dazu jedoch kein Wort: Wie viele Demonstrationen hat sie fotografiert? Wie hat sie diese ausgewählt? Wofür genau werden die Bilder genutzt? Über all das verrät uns die *firm*-Broschüre nichts.

2. Wer ist eigentlich „Mitglied“ von *Palästina Spricht*?

Wie schon festgestellt, handelt es sich bei *Palästina Spricht* um eine Bewegung und keine Organisation. Auch die *firm* geht davon aus, dass es sich um einen „losen Zusammenschluss“⁴ handele. Da man offenbar in den zahlreichen Statements, Demonstrationsaufrufen etc. von *Palästina Spricht* zu wenig gefunden hat, um *Palästina Spricht* – selbst mit einer völlig unwissenschaftlichen Analyse – Antisemitismus zu unterstellen, musste man die Statements irgendwelcher Leute, die man auf Demonstrationen gefunden hat, irgendwie *Palästina Spricht* zuordnen.

Dabei ist schon die Rhetorik entscheidend. Gerade wurde noch von einem „losen Zusammenhang“ gesprochen, da gibt es einen Absatz weiter eine „innere Organisationsebene“ zu der ein „Kern“ von „circa“ 20 Aktivist:innen zählen soll. Wo es gerade noch keine Organisation gab, hat man plötzlich sogar mehrere organisatorische Ebenen. Mit diesen Phrasen soll wahrscheinlich vor allem eins kaschiert werden: Nach 8 Monaten „Recherche“ und „Beobachtung“ hat man keine Ahnung, wie *Palästina Spricht* überhaupt organisiert ist, wie in der Bewegung Auswertungen oder Meinungsbildung stattfinden.

Bei der *firm* gibt es aber keine Probleme, sondern nur Lösungen. Deshalb behilft sie sich damit, dass man nun „Mitglied“ im „losen Zusammenhang“ werden kann. Wie genau? Dazu zitieren wir die *firm*:

„Mangels Vereinsstrukturen lassen sich Personen nur schwer

3 Siehe bspw. https://report-antisemitism.de/documents/From_the_river_to_the_sea_-_Israelbezogener_Antisemitismus_in_Bayern_2021_-_RIAS_Bayern.pdf

4 https://www.feierwerk.de/fileadmin/firm/Analysen___Recherchen/Feierwerk_firm_Analyse_Palaestina_spricht_2024.pdf, S.3

eindeutig als Teil von „Palästina Spricht München“ definieren, deswegen soll die in der vorliegenden Analyse häufiger auftretende Bezeichnung „Mitglieder“ für Aktivist:innen, die zum inneren Kreis zählen und maßgeblich organisierende Aufgaben übernommen haben, verwendet werden.“⁵

So weit, so schlecht. Man weiß also, dass es gar keine „Mitglieder“ im Sinne des Wortes gibt. Weil die *firm* aber trotzdem die Zitate von Einzelpersonen der Bewegung zurechnen will, definiert sie „Mitglieder“ einfach neu. Wer qualifiziert sich aber jetzt dafür, nach *firm*-Definition „Mitglied“ zu sein?

„Dazu zählen z.B. Ordner*innen, Redner*innen oder Personen, die anderweitig relevante Tätigkeiten wie Leitung oder Koordination von Versammlungen ausführen. Damit soll der Fokus darauf gelegt werden, dass die sich in der folgenden Analyse geschilderten Vorfälle größtenteils auf Personen des „inner circle“ von „Palästina Spricht München“ beziehen und daher eine repräsentative Wirkung für die Organisation als solches besteht.“⁶

Für diejenigen Leser:innen, die nicht häufig an Versammlungen teilnehmen: Ordner:innen werden oft Menschen, die einem spontanen Aufruf („Wir brauchen noch Ordner:innen, wer sich das vorstellen kann, komme bitte zum Lautsprecherwagen“ o.ä.) folgen. Jedenfalls gibt es keinen Grund für die Annahme, dass Ordner:innen „eingesetzt“⁷ werden. Das behauptet die *firm*, um die Aussagen von Menschen, die mal auf einer Demonstration geordnet haben, *Palästina Spricht* zurechnen zu können. Auch Redner:innen auf Demonstrationen sind häufig keineswegs Mitglieder in der Organisation, die die Demo ausgerichtet hat, regelmäßig können auch Menschen, die zur Bühne gehen und „noch etwas sagen wollen“ das auch tun. Mit der Option „anderweitige Tätigkeiten wie...“ lässt die Broschüre der *firm* offen, jeden zum „Mitglied“ zu erklären, bei dem das im Sinne der Ausgangsthese zielführend zu sein scheint. Fortan wird in der Broschüre immer wieder von „Mitgliedern“ gesprochen – ohne jeden Hinweis darauf, ob die gemeinte Person dieses Prädikat erhalten hat, weil sie auf einer Demonstration Ordner:innentätigkeiten übernommen hat, eine Rede gehalten hat oder von einem *firm*-Angestellten aus irgendeinem anderen Grund zum „Mitglied“ erklärt worden ist.

Aber nicht einmal die Bezeichnung „Mitglied“ wird in der *firm*-Broschüre konsequent verwendet. So gibt es plötzlich auch „Aktivist*innen bei Palästina Spricht München“, „wichtige Akteur*innen von Palästina Spricht München“, eine „führende Aktivistin“, ein „führendes Mitglied“ oder einen „Aktivist aus dem engen Kreis“.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 https://www.feierwerk.de/fileadmin/firm/Analysen___Recherchen/Feierwerk_firm_Analyse_Palaestina_spricht_2024.pdf, S.14

Und das alles bei einer Bewegung, von der die *firm* selbst zugibt, dass sie nicht einmal eine feste Organisationsstruktur hat. Ganz offensichtlich hat man sich hier nicht klarer Kriterien bedient, sondern Wege gefunden, möglichst viele Menschen *Palästina Spricht* zuzurechnen, ohne darlegen zu müssen, in welcher Beziehung diese Personen tatsächlich zu *Palästina Spricht* stehen.

3. Warum fragt man *Palästina Spricht* nicht?

Ob Journalismus oder Forschung, zu einer sauberen Arbeit gehört es dazu, denjenigen, über die man schreibt, die Gelegenheit zu geben, Stellung zu beziehen, Missverständnisse auszuräumen oder andere Sichtweisen einzubringen.

So heißt es etwa in dem Papier: „Forschungsethische Prinzipien und wissenschaftliche Standards für Forschung der Sozialen Arbeit“ der *Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA)*:

„Grundsätzlich ist bei der Durchführung von Studien dafür Sorge zu tragen, dass die für das Forschungsinteresserelevanten Personen(-gruppen) angemessen in die Forschung einbezogen werden. Die (Re-)Produktion gesellschaftlicher Ausschlüsse soll vermieden werden.“

Der Zugang zum Forschungsfeld ist so zu gestalten, dass Personen(-gruppen), die vor dem Hintergrund des Erkenntnisinteresses in Betracht kommen, berücksichtigt werden. Zu reflektieren ist insbesondere, inwieweit die Zugänge zum Feld 18 die Kontaktaufnahme zu bestimmten Personen(-gruppen) ermöglichen bzw. verhindern, und inwieweit dabei Machtverhältnisse des Forschungsfeldes reproduziert werden.“⁸

Dies ist durch die *firm* weder während der Recherche noch im Nachgang passiert. *Palästina Spricht* wurde auch nie durch die *firm* auf eine:n Redner:in, ein Schild, einen Beitrag oder einen Posts hingewiesen, der ihrer Ansicht nach antisemitisch, verschwörungstheoretisch oder islamistisch wäre.

Wir haben das getan und wollten wissen, wie die Genoss:innen mit Beiträgen in der WhatsApp-Gruppe umgehen, da zwei Postings aus dieser Gruppe Teil der Vorwürfe in der *firm*-Broschüre sind.

Nach Angaben von *Palästina Spricht* gibt es zwei Gruppen. In eine könnten nur Administrator:innen schreiben und dort Termine reinschicken, eine zweite dient ausdrücklich dem Austausch. Diese zweite Gruppe steht jedem offen, der ihr beitreten möchte, und sie

8 https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Service/Forschungsethikodex_DGSA.pdf, S.5

hat um die 500 Mitglieder. Unter anderem kann man dieser Gruppe beitreten, indem man den QR-Code auf der Rückseite von Westen scannt, den *Palästina Spricht* auf Demonstrationen an Ordner:innen ausgibt. Für diese Gruppe gibt es klare Regeln: Beleidigungen, rassistische, antisemitische, jegliche Religion diskriminierende, Frauen- und queerfeindliche sowie gewaltverherrlichende Aussagen haben dort keinen Platz und werden gelöscht, wenn ein Admin sie sieht.

Dass die *firm* bei 8 Monaten Recherche, in einer Gruppe, der jede:r problemlos beitreten kann, mit tausenden von Beiträgen und hunderten Gruppenmitgliedern lediglich 3-4 Beiträge gefunden hat, die sie als problematisch empfinden, spricht aus unserer Sicht dafür, dass das im Wesentlichen funktioniert. Dennoch werden die Kommentare in der WhatsApp-Gruppe von der *firm* herangezogen, um *Palästina Spricht* mit allen möglichen Vorwürfen zu überziehen. Eine halbe Seite ihrer Broschüre nutzt die *firm* beispielsweise, um vermittels zweier Kommentare in der offenen Diskussions-WhatsApp-Gruppe den Vorwurf der „offene[n] Huldigung[...] für das klerikalfaschistische, ehemalige Staatsoberhaupt des Iran“ und des „islamisch-religiös motivierte[n] Antisemitismus“⁹ zu erheben – ohne auch nur zu behaupten, dass es eine Verbindung zwischen den Kommentatoren und *Palästina Spricht München* geben würde. Der Vorwurf lautet einzig, dass die beiden Kommentare von *Palästina Spricht* „weder kritisiert noch gelöscht“ worden seien. Ob die Admins die Beiträge überhaupt gesehen haben, kann die *firm* freilich nicht belegen – da sie es sich gespart hat, die Admins auf die Beiträge aufmerksam zu machen.

Das zeigt: Es geht ihnen nicht darum, Antisemitismus, Islamismus oder Verschwörungsideologien zu bekämpfen. Es geht ihnen um eine bedingungslose Solidarität mit dem Staat Israel und eine Diffamierung seiner Gegner. Deshalb lassen auch *firm*-Mitarbeiter Äußerungen, die sie für problematisch halten, lieber unwidersprochen und machen eine Notiz darüber. Schöne „Antisemitismusbekämpfung“ ist das.

Quellen:

DGSA: Forschungsethische Prinzipien und wissenschaftliche Standards für Forschung der Sozialen Arbeit:

https://www.dgsa.de/fileadmin/Dokumente/Service/Forschungsethikkodex_DGSA.pdf

DFG: Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis:

<https://www.dfg.de/de/grundlagen-themen/grundlagen-und-prinzipien-der-foerderung/gwp>

9 Die Anschuldigungen beziehen sich auf die beiden Kommentare „Ehrenmann, lang lebe Ayatullah Khomeini“ und „Die Arschlöcher schicken waffen zur Affen und Schweine um Genozid anzuzünden und andererseits möchten regeln in Deutschland setzen und implementieren“, siehe https://www.feierwerk.de/fileadmin/firm/Analysen___Recherchen/Feierwerk_firm_Analyse_Palaestina_spricht_2024.pdf, S.17-18

4. Quellen und Belege

Quellen und Belege vermisst man in der *firm*-Broschüre. Große Teile der Argumentation bauen auf den Social Media-Posts einzelner Personen auf. Die Mitgliedschaft dieser Personen bei *Palästina Spricht* kann allerdings nicht belegt werden. Zu den Posts werden zudem keine Quellenangaben – und häufig nicht einmal Screenshots der Bilder – geliefert. Stattdessen werden die Posts abstrakt und häufig falsch umschrieben. Bei Zitaten fehlen Quellen oder Belege meist vollständig.

5. 3-D-Test für Antisemitismus

Die Broschüre verwendet den „3-D-Test“ als Maß für Antisemitismus. Dieser Test wurde von einem israelischen Minister, Natan Sharansky, erstellt und hat keinerlei wissenschaftliche Grundlage. Sharansky selbst ist ein rechter Politiker, der den Oslo-Friedensprozess strikt ablehnte, eine nationalistische Einwandererpartei gründete, die später im rechtsgerichteten Likud aufging, und sich vehement gegen die Teilung Jerusalems aussprach. Er unterstützte den illegalen Siedlungsbau in Ost-Jerusalem und ist Mitinitiator von „One Jerusalem“, einer Kampagne für die exklusive israelische Kontrolle über die ganze Stadt. Außerdem spricht er jüdischen Menschen, die Israel kritisieren, das Jüdisch-Sein ab und bezeichnet diese als „Un-Jews“.

Sein „3-D-Test“ ist weder wissenschaftlich validiert noch neutral. Das Ziel ist es, den Antisemitismusvorwurf politisch zu instrumentalisieren. 3-D steht für „Dämonisierung“, „Delegitimierung“ und „Doppelstandards“. Die *firm* schreibt selbst, es handele sich um eine „Hilfestellung“, die sich in der „Wissenschaft und vor allem in Politik und Zivilgesellschaft bewährt“ habe. Wie diese Bewährungsprobe aussah, wird nicht erwähnt. Vor allem wohl in der Diffamierung jeder Kritik an Israel als antisemitisch.

Dabei ist zudem der Kontext wichtig. Israelische Politiker äußern regelmäßig Vernichtungs- und Vertreibungsfantasien gegenüber den Palästinenser:innen. Sie verüben gerade einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung. Die zivilen Toten des Genozids in Palästina stellen die zivilen Toten des russischen Angriffskriegs in der Ukraine bei weitem in den Schatten. Es handelt sich um eines der schlimmsten Verbrechen unserer Zeit und da verlangt man von denjenigen, deren Familien massakriert werden, sprachliche Zurückhaltung? Gerade in einem Krieg, der drastische Vergleiche geradezu provoziert, zeigt sich die Unbrauchbarkeit dieses „Tests“.

Unbrauchbarkeit bezieht sich hier natürlich nur darauf, Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen. Wenn man – wie unserer Überzeugung nach die *firm* – gar nicht das Ziel hat Antisemitismus, zu erkennen und zu bekämpfen, sondern vielmehr eine ganze Bewegung zu diffamieren, dann ist er bestens geeignet.

Dies weiß auch die *firm*, etwa wenn sie schreibt, dass der Test nur der „schnellen Unterscheidung“ dienen soll. Die *firm*-Broschüre ist über einen Zeitraum von 8 Monaten entstanden. Was ist davon zu halten, wenn man in all dieser Zeit bei einem Test zur „schnellen Unterscheidung“ stehen bleibt und sich keine weiteren Fragen stellt? Zur näheren Beschäftigung mit tatsächlichen Theorien über Antisemitismus haben wir ein paar Empfehlungen in den Quellen.

Quellen zum Antisemitismusbegriff:

Kommunisten Kneipe (Podcast): „Antisemitismus?! Definitionen und Deutungskämpfe: IHRA vs. JDA Mit Peter Ulrich

Quellen zu Sharansky:

Israel Democracy Institute: Beschreibung der Yisrael Ba-Aliya Partei:
<https://en.idi.org.il/israeli-elections-and-parties/parties/yisrael-ba-aliya/?utm.com>

Institute for Palestine Studies: „Jerusalem Land Grab Schemes and the Democratic Credentials of Natan Sharansky“ (Jerusalem Quarterly: Ausgabe 22-23, Winter 2005):
<https://www.palestine-studies.org/en/node/77815?utm.com>

The Guardian: „Israel defies US with settlement expansion plans“ (30.05.2001)
<https://amp.theguardian.com/world/2001/may/30/israel.usa>

One Jerusalem (Selbstbeschreibung):
<https://onej.org/about-us/>

Tablet Mag: Sharansky spricht antizionistischen Jüd:innen das Jüdisch-Sein ab und bezeichnet sie als „Un-Jews“:
<https://www.tabletmag.com/sections/news/articles/the-un-jews-natan-sharansky>

6. Dekontextualisierung – Kein Wort über die Lebensbedingungen der Palästinenser:innen¹⁰

a. Apartheid, Rassismus und ethnische Säuberung

Während die *firm* jede israelkritische Formulierung auf Demonstrationen als antisemitisch liest, blendet die Broschüre die Realität von Apartheid, ethnischer Säuberung und Genozid in Palästina vollständig aus. So werden etwa keine der vielfach dokumentierten Aussagen israelischer Politiker:innen erwähnt, in denen offen von Vertreibung, Bestrafung der Zivilbevölkerung oder rassistischen Hierarchien gesprochen wird (vgl. Law for Palestine, 2024: law4palestine.org). Der israelische Minister Avi Dichter sagte beispielsweise: „Wir führen Nakba 2023 durch“. Itamar Ben-Gvir sagte am 23. August 2023 in einem Interview mit Channel 12 News: „Sorry, Mohammad, mein Recht, das Recht meiner Frau und meiner Kinder, sich frei in Judäa und Samaria¹¹ zu bewegen, ist wichtiger als die Bewegungsfreiheit von Arabern“. Solche Personen und Aussagen kommen in der *firm*-Broschüre nicht vor. Die israelische Apartheids-gesetzgebung findet ebenso wenig Erwähnung wie die Tatsache, dass Israel in Gaza gerade einen offen erklärten Genozid begeht.

Dies wird vollends absurd, wenn etwa *firm* in der Broschüre missbilligt, ein Aktivist von *Palästina Spricht* habe kritisiert, dass Israel Palästinenser:innen als „Untermenschen“ betrachte und Israelis als „Obermenschen“. Statt sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es nicht zutrifft, dass zumindest breite Teile der israelischen Gesellschaft und Politik offen rassistisch gegenüber den Palästinenser:innen agieren, regt man sich darüber auf, dass die Begriffe schonmal von den Nazis verwendet wurden.

Quellen:

Eine gute, wenn auch unvollständige Sammlung von Zitaten von Politikern, die die genozidale Absicht des Krieges in Gaza dokumentieren findet sich etwa in der Klage von Südafrika gegen Israel beim Internationalen Gerichtshof ab S. 140. Insgesamt sind die Gerichtsdokumente lesenswert:

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>

Law4Palestine: Datenbank mit über 500 genozidalen Zitaten Israelischer Politiker:innen, Soldat:innen, Journalist:innen und anderen einflussreichen Persönlichkeiten:

<https://law4palestine.org/law-for-palestine-releases-database-with-500-instances-of-israeli-incitement-to-genocide-continuously-updated/>

10 Das folgende Kapitel könnte auch in der inhaltlichen Kritik der Broschüre stehen. Wir haben uns allerdings entschieden, es zum Teil der Methodenkritik zu machen.

11 „Samaria“ ist die zionistische Bezeichnung für das völkerrechtswidrig besetzte Westjordanland.

b. Besatzung und Vertreibung der Palästinenser:innen

Die *firm* vermeidet auch jede Einordnung des israelischen Vorgehens in Gaza und dem Westjordanland im Rahmen von Besatzung und Siedlungspolitik. Dass über 500.000 israelische Siedler:innen völkerrechtswidrig im Westjordanland leben¹², dass Palästinenser:innen unter Militärrecht gestellt werden, während Siedler:innen dem Zivilrecht unterliegen; dass es im Westjordanland Straßen gibt, die von Palästinenser:innen nicht betreten werden dürfen und andere, auf denen keine Muslime laufen dürfen, wird nicht thematisiert. Auch die Auswirkungen auf das tägliche Leben – Checkpoints, Abriegelungen, willkürliche Verhaftungen – bleiben außen vor. Selbiges gilt für die ethnische Säuberung Palästinas im Rahmen der Nakba, bei der mehr als 800.000 Palästinenser:innen vertrieben wurden und seitdem größtenteils als staatenlose Flüchtlinge leben. Selbst der Genozid in Gaza wird nicht erwähnt. Die Folge ist eine Darstellung, in der jede Form der israelischen Herrschaftsausübung ausgeblendet wird.

Es bleibt damit völlig unverständlich, weshalb die Palästinenser:innen überhaupt demonstrieren. An keinem Punkt fragt die *firm* sich, ob eine ggf. zugespitzte Kritik denn richtig oder falsch ist. Als wäre es völlig unerheblich, ob die Kritik eine reale Basis hat oder nicht. Folgerichtig erklärt sich die *firm* die Tatsache, dass eine Person auf einer Demonstration von *Palästina Spricht* den Spruch „Markus Söder unterstützt die Kindermörder“ skandiert hat, nicht etwa damit, dass es sich hierbei beispielsweise um einen Angehörigen eines der mehr als 19.000 Kinder gehandelt haben könnte, die seit Beginn des Genozids vom israelischen Militär ermordet wurden. Oder damit dass besagter Rufer vielleicht durch die Tatsache empört war, dass Gaza laut UNICEF inzwischen der „gefährlichste Ort der Welt für Kinder“ ist - nein, die *firm* sieht hier einen klaren Bezug auf die Ritualmordlegende und damit nichts als reinen Antisemitismus am Werk.

Quellen:

Amnesty International: Israel's apartheid against palestinians:

<https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/>

UNICEF: The Gaza Strip is the most dangerous place in the world to be a child (11.12.2023):

<https://www.unicef.org.nz/media-releases/the-gaza-strip-is-the-most-dangerous-place-in-the-world-to-be-a-child>

BBC: Etwa 70% der Ermordeten in Gaza sind Frauen und Kinder (11/2024):

<https://www.bbc.com/news/articles/cn5wel11pgdo>

12 <https://www.latimes.com/world-nation/story/2023-02-02/israeli-settler-population-west-bank-surpasses-500000>

1. Ein Staat für Jüd:innen und Palästinenser:innen – eine antisemitische Forderung?

Die *firm* kritisiert unter dem Titel „Antizionistische Vernichtungsfantasien“ Äußerungen, die auf eine Einstaatenlösung abzielen. Dazu zitieren sie eine Genossin, die auf einer Versammlung gesagt haben soll: „Wir erkennen kein Existenzrecht an, wenn es Vertreibung und Unterdrückung bedeutet. [...] Denn dieser Staat beruht auf den Ruinen unseres Volkes. [...] Wir erkennen nur das Recht der Unterdrückten an, sich von einer brutalen Besatzungsmacht zu befreien.“

Die Formulierung „Vernichtungsfantasien“ impliziert, dass die Genossin die israelische Bevölkerung mit Vernichtung bedrohen würde, obwohl das Zitat keinerlei Vernichtungsabsicht impliziert, sondern sich kritisch mit der israelischen Staatsgründung und der Unterdrückung der Palästinenser:innen auseinandersetzt. Dass die *firm* NS-Vergleiche an anderer Stelle als antisemitisch verurteilt, scheint hier keine Rolle zu spielen – NS-Vergleiche sind aus Sicht der *firm* offenbar dann vertretbar und gut, wenn sie sich gegen Palästinenser:innen richten und dann schlecht, wenn sie sich gegen Israel richten.

Die Genossin formuliert klar, dass sie ein Existenzrechts Israels dann nicht anerkennt, wenn es Vertreibung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung bedeutet. Nun könnte man sich fragen, was das Problem an dieser Aussage sein soll. Es dürfte wohl selbstverständlich sein, dass ein Volk, dass ein anderes unterdrückt und vertreibt, nicht auch noch verlangen kann, dass die Unterdrückten diese Vertreibung und Unterdrückung als legitim anerkennen. Einen Staat nicht anzuerkennen, solange dieser den Anspruch erhebt, nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zu vertreten und allen anderen weniger Rechte zuzusprechen oder sie zu vertreiben, ist nicht das Gleiche, wie die Existenz von Menschen zu bedrohen.

Dass die *firm*, die offensichtlich zu den Verfechtern des Zionismus gehört, sich nicht vorstellen kann, dass die palästinensische

und die jüdische Bevölkerung auch einfach in einem Staat gemeinsam zusammenleben können, ohne dass eine Bevölkerungsgruppe ausgerottet, vertrieben oder unterdrückt wird (unter vollkommener Verachtung der Tatsache, dass vor der Staatsgründung Israels ebendies viele Jahrhunderte lang der Fall war) ist in letzter Instanz vermutlich doch nur eins: Rassismus.

Die Empörung über den Anspruch eines Palästinas auf seinem gesamten historischen Gebiet ist dabei auch einseitig. Die Äußerungen etwa des israelischen Energieministers Eli Cohen „From the river to the sea, there will be one state: The State of Israel“, findet in der Broschüre keine Erwähnung. Ebenso wenig wird erwähnt, dass Israel permanent daran arbeitet, die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben, oder dass Israel sich weigert, über das Recht auf Rückkehr der Palästinenser:innen zu verhandeln, die bei der Staatsgründung Israels vertrieben wurden. „Doppelstandards“ hält man also auch nur bei Palästinenser:innen für problematisch und nicht in seiner eigenen Broschüre.

Quellen:

Amnesty International: Zum Rückkehrrecht; „Weigerung Israels, palästinensischen Flüchtlingen Recht auf Rückkehr einzuräumen, führt seit sieben Jahrzehnten zu immer weiterem Elend“ (15.05.2019):

<https://amnesty-israel-palaestina.de/wp-content/uploads/278/Weigerung-Israels-pal.-Flüchtlingen-Recht-auf-Rückkehr-15.5.19.pdf>

2. Die Einstaatenrealität

Die Kritik an der Einstaatenlösung verleugnet zudem die Realität vor Ort. Es existiert längst israelische Kontrolle auf dem gesamten Gebiet des historischen Palästinas. Israel ist ein vom gesamten westlichen Block hochgerüsteter Staat, der kontinuierlich neue Siedlungen im Westjordanland baut. Erst 2022 wurde die Marke von 500.000 Siedlern im Westjordanland überschritten. 500.000 Israelis, die sich unter Verstoß gegen internationales Recht in Palästina aufhalten, deren einziges Ziel die Besiedlung des gesamten historischen Palästinas ist und für die ein anderes Rechtssystem gilt als für die palästinensische Bevölkerung.

Die Broschüre der *firm* empört sich also darüber, dass Palästinenser:innen den Anspruch erheben, einen Staat auf seinem historischen Gebiet zurückzuerhalten und schweigt gleichzeitig dazu, dass die israelische Kontrolle längst das gesamte Gebiet des historischen Palästinas umfasst. Eine Zwei-Staaten-Lösung ist in dieser Situation vollkommen unrealistisch. Daran ändern symbolische Anerkennungen Palästinas als Staat überhaupt nichts.

Die Frage ist: Besteht auf dem Gebiet wie jetzt eine israelische

Vorherrschaft, in der die Masse der Palästinenser:innen entrechtet und unterdrückt sind oder ein Staat, in dem Jüd:innen, Palästinenser:innen und alle anderen gleichberechtigt zusammen leben.

Quellen:

Spiegel: Von der Einstaatenrealität schreiben längst pro-israelische Journalisten wie etwa Richard C. Schneider:

<https://www.spiegel.de/ausland/nahostkonflikt-israel-auf-dem-weg-zur-ein-staat-realitaet-a-e8b1eb0c-ecba-4b40-8071-3808b8aa5f00>

3. BDS

Die Broschüre der *firm* kritisiert die Nähe von *Palästina Spricht zu BDS* (*Boycott, Divestment and Sanctions*) und stellt sie als antisemitische Strategie dar. *BDS* ist aber keineswegs antisemitisch, sondern wird lediglich als antisemitisch diffamiert, um eine effektive Protestbewegung mundtot zu machen. So auch durch die *firm*-Broschüre, die kein einziges Argument anbringen kann, warum *BDS* antisemitisch sei, außer dass die deutsche Bundesregierung dies so eingestuft habe.

Bei *BDS* handelt es sich um einen Aufruf von mehr als 170 palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der sich explizit auf das Völkerrecht und auf die Menschenrechte beruft. Das erklärte – und einzige – Ziel der *BDS*-Kampagne ist die Einhaltung internationaler Standards: Beendigung der Besatzung, Abriss der Mauer und das Rückkehrrecht der Geflüchteten.

International genießt die *BDS*-Kampagne dementsprechend weitreichende Unterstützung: Zu ihren Unterstützern zählen beispielsweise die Norwegische Gewerkschaftskonföderation, die etwa eine Million Mitglieder vertritt, der Irische Gewerkschaftskongress, der etwa ein Drittel aller Werktätigen Irlands vertritt und die National Union of Students in UK mit ebenfalls mehr als einer Million Mitgliedern¹². Auch viele jüdische Stimmen gehören zu ihren Unterstützer:innen, so wie beispielsweise Judith Butler, Noam Chomsky oder Laurie Penny.³

Der Boykottaufruf von *BDS* richtet sich explizit gegen Konzerne, die von Besatzung und Apartheid profitieren, wie Siemens, Puma oder HP, sowie gegen kulturelle und wissenschaftliche Events und Veranstaltungen, die den israelischen Staat und seine Institutionen involvieren⁴. *BDS* ruft nicht zum Boykott jüdischer oder israelischer

1 <https://laborforpalestine.net/category/norwegian-confederation-of-trade-unions-io/>

2 <https://www.ictu.ie/news/workers-must-not-be-placed-unconscionable-situations-complicity-israeli-genocide>

3 <https://etosmedia.de/politik/laurie-penny-ein-brief-an-die-anti-deutsche-linke/>

4 <https://etosmedia.de/politik/laurie-penny-ein-brief-an-die-anti-deutsche-linke/>

lischer Staatsangehöriger auf. Im Gegenteil: Boykottaufrufe gegen Einzelpersonen aufgrund ihrer Religion oder Staatsangehörigkeit lehnt das BDS Nationalkomitee explizit ab⁵.

2017 hatte der Münchner Stadtrat beschlossen, dass BDS nicht in städtischen Räumen diskutiert werden dürfe und BDS-Unterstützer:innen dort ebenfalls nicht auftreten dürften. Damit verbannte er vor allem linke Jüd:innen aus städtischen Räumen: So wurde der Tochter von Holocaust-Überlebenden, Judith Bernstein, untersagt einen Vortrag über ihre Geburtsstadt Jerusalem zu halten⁶ und die Schauspieler:in Nirit Sommerfeld durfte nicht öffentlich über ihr Leben als Jüdin zwischen Deutschland und Israel berichten⁷. Warum dies nicht antisemitisch sein soll, der Aufruf zu einem friedlichen Boykott beispielsweise von Siemens aber schon, bleibt dabei das Geheimnis der Stadt München.

4. Holocaustverharmlosung und Nazi-Vergleiche?

Ein Kapitel widmet die Broschüre „Holocaustverharmlosung und Nazi-Vergleiche[n]“. Die *firm* steigt mit der Behauptung ein, dass Äußerungen, die den deutschen Faschismus verharmlosen und Israel „dämonisieren“ würden, „keine Einzelfälle“ auf den Versammlungen der Genoss:innen von *Palästina Spricht* wären. Doch was ist dran an der Behauptung, hier würden die Verbrechen der Nazis verharmlost?

Als Beleg für die angebliche Verharmlosung des deutschen Faschismus führt die *firm* vier Zitate als „Belege“ an. Bei einem davon handelt es sich um ein Posting irgendeiner Person ohne nähere Verbindung zu *Palästina Spricht* in der offenen Diskussions-WhatsApp-Gruppe (näheres dazu siehe oben), bei einem anderen um das Schild einer Aktivistin auf einer von *Palästina Spricht* ausgerichteten Demonstration.

In zwei Fällen zitieren sie aus Reden von Demonstrationen von *Palästina Spricht*. Zum einen empört sich die *firm* darüber, dass eine Redner:in den Satz gesagt habe: „Nie wieder gilt hier und jetzt und heute“, worin die *firm* eine Verharmlosung des Holocausts sieht. Zum anderen stören sie sich daran, dass ein Redner den israelischen Genozid in Gaza mit dem deutschen Genozid an den Herero und Nama verglichen und über den Ausschluss, die Unterordnung und das Kleinmachen von Palästinenser:innen gesprochen hat.

5 <https://www.bdsmovement.net/pacbi>

6 <https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/station-in-osnabrueck-judith-bernstein-spricht-ueber-jerusalem-was-sie-in-muenchen-nicht-darf-23027538>

7 <https://nirit.de/zur-aktuellen-absage-meines-vortrags-in-muenchen/>

Warum genau das eine Verharmlosung des Nationalsozialismus bedeuten soll, erklärt die *firm* nicht. Sie geht davon aus, dass Vergleiche zum Nationalsozialismus zu ziehen, einer Verharmlosung dessen automatisch gleichkommt.

Nazi- oder Holocaust-Vergleiche haben aktuell Hochkonjunktur: Benjamin Netanjahu, für den die Hamas die neuen Nazis sind und der auch den ehemaligen Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof in eine Reihe mit deutschen Nazi-Richtern stellt. Die *firm* selbst, die mit Titeln wie „antizionistische Vernichtungsfantasien“ palästinastolidarische Aktivist:innen mit Nazis gleichsetzt. Veganer:innen, die vom Holocaust an Tieren sprechen. Impfgegner:innen die sich einen gelben Stern mit dem Slogan „ungeimpft“ anheften. Die Bundestagsfraktionen, die eine Erklärung unter dem Titel „Nie wieder ist jetzt“ verabschiedet haben. Geflüchtete, die die libyschen Folterlager für Menschen auf der Flucht mit Konzentrationslagern vergleichen.

Nun gibt es Nazi-Vergleiche, die tatsächlich nur dazu dienen sollen, den Holocaust zu verharmlosen. Dazu würden wir vor allem die Vergleiche zählen, die dazu dienen, tatsächliche Nazis zu rehabilitieren oder ihre Verbrechen als „nicht so schlimm“ darzustellen.

Völlig anders sehen wir Vergleiche, die darauf abzielen, heutiges Unrecht zu beseitigen oder die die NS-Zeit heranziehen, um zu verdeutlichen, dass die Strukturen und Ideologien, auf denen der deutsche Faschismus aufbaute und auf die er sich bezogen hat, eben auch heute nicht verschwunden sind. Letzteres ist in unserem Verständnis keine Gleichsetzung oder Verharmlosung, sondern zielt darauf ab, aus der Vergangenheit zu lernen.

Wenn alle Vergleiche mit dem deutschen Faschismus tabu wären, dann könnten wir daraus keine Lehren ziehen. Bei dem Genozid in Gaza sehen wir diese Kriterien erfüllt. Es handelt sich um eine von Faschisten durchgesetzte Regierung, die offen ankündigt, die Bevölkerung Gazas vernichten oder vertreiben zu wollen und dabei zehntausende ermordet hat. Wir reden über einen Staat, der die Palästinenser:innen in immer kleinere Gebiete treibt, rassistisch ausgrenzt und ihnen grundlegende Menschenwürde tagtäglich abspricht.

Als Randnotiz wollen wir noch erwähnen, dass die Genossin, die in der Broschüre wegen ihres Schildes „Wenn du dich jemals gefragt hast, was du während des Holocaust gemacht hättest, du machst es“ unverpixelt in der Broschüre abgedruckt wurde und der wegen dieses Schildes die Verharmlosung des Holocausts vorgeworfen wird, Jüdin ist. Das weiß auch die *firm*, weil sie auf jeder Versammlung ihre Kippa trägt. Die Leser:innen der *firm*-Broschüre wissen es dagegen nicht, da man gezielt ein Bild ausgewählt hat, auf dem ihr Schild die Kippa verdeckt. Man weiß wohl bei der *firm*, dass es für die Öffentlichkeit einen Unterschied gemacht hätte. Da unterdrückt man lieber jüdische Stimmen, wenn sie nicht ins eigene

Konzept passen. Was das über das Verhältnis der *firm* zu Jüd:innen aussagt, überlassen wir den Leser:innen.

Quellen:

Welt: Benjamin Netanjahu bezeichnet Hamas-Kämpfer als „Nazis wie Hitler“:
<https://www.welt.de/politik/ausland/article255999628/Benjamin-Netanjahu-bezeichnet-Hamas-Kaempfer-als-Nazis-wie-Hitler.html>

FAZ: Nazi-Vergleiche in der israelischen Politik:
<https://www.faz.net/aktuell/politik/netanjahu-chefermittler-karim-khan-und-die-nazis-19741928.html>

5. Medienkritik

Ein halbes Kapitel widmet die *firm* der Medienkritik. So heißt es etwa:

„Selbst vor Verschwörungserzählungen über eine angebliche „Lügenpresse“, die eigentlich von rechten Sammlungsbewegungen wie „PEGIDA“ oder „Querdenken“ bekannt sind, scheut „Palästina Spricht München“ nicht zurück – so wird (vor allem deutschen) Medien immer wieder vorgeworfen, gezielt ausschließlich pro-israelische zu berichten und zu lügen. Das antisemitisch konnotierte Narrativ der „Lügenpresse“ geht weit bis ins 19. Jahrhundert zurück und war ebenso fester Bestandteil der Propaganda während des Nationalsozialismus.“

Hier zeigt sich wieder die methodische Unredlichkeit der *firm*. Man bringt die Genoss:innen in Zusammenhang mit den Begriff „Lügenpresse“ und tut so, als würden die Genoss:innen diesen verwenden. Bei genauem Lesen fällt allerdings auf, dass sie dafür kein einziges Beispiel gefunden haben. Vielmehr findet die *firm* offenbar Medienkritik an sich problematisch und verwendet nicht einen Gedanken darauf, ob diese Kritik denn richtig oder falsch ist.

Zum einen ist festzustellen, dass die Genoss:innen mit ihrer Medienkritik keineswegs alleine sind. Nach einer Umfrage des NDR-Medienmagazins ZAPP haben 48% der Deutschen wenig bis kein Vertrauen in die Berichterstattung zu Gaza. Schon begrifflich wird das Verhalten der israelischen Armee oft gerechtfertigt als angebliche „Reaktionen“, „Gegenschläge“ oder ähnliches. Als die Hamas am 7. Oktober knapp über 1.100 Menschen getötet hat, war das ein „Massaker“. Dass Israel nun bereits über 50.000, möglicherweise über 100.000 Menschen getötet hat, wurde kein einziges Mal als das Massaker bezeichnet, das es ist.

Das alles ist kein Zufall. Journalist:innen, gerade die von „Leitmedien“ sind in der herrschenden Elite der BRD gut integriert. Die BILD als nach wie vor eine der größten Tageszeitungen schreibt

ihren Redakteur:innen sogar vor, pro-israelisch zu berichten. Bei den meisten Zeitungen ist solcher Zwang aber gar nicht notwendig. Die wichtigsten Journalist:innen werden von der Politik anerkannt, betrachten sich selbst als staatstragend, können sich als Berater:innen dieser Politik fühlen und erhalten dafür die exklusivsten Zugänge zu Interviews und ein ordentliches Gehalt. So hat der jahrzehntelange Chef des Außenpolitik- und Politik-Ressorts der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius, seinen Posten vor einigen Monaten verlassen, um Sprecher der deutschen Bundesregierung zu werden.

Medienkritik ist für alle, die ein Interesse haben, dass sich die Verhältnisse verändern, ein zentraler Faktor. Medienkritik als rechts zu diffamieren, ist auch mit einem antifaschistischen Anspruch unvereinbar. So sind es Medien, die überproportional über Verbrechen berichten, wenn der Täter keinen deutschen Pass hat. Sie verzerren die Wahrnehmung über Kriminalität und schüren damit Hetze gegen Ausländer:innen.

Quellen:

DW: Untersuchung zu den Opferzahlen in Gaza:

<https://www.dw.com/de/wie-hoch-sind-die-opferzahlen-im-gazastreifen-wirklich/a-73115737>

Reporter Ohne Grenzen: Über Einschränkungen der Pressefreiheit in Bezug auf Kritik an der israelischen Regierung. U.a. berichten freie Journalist:innen, dass Artikel mit Kritik an der israelischen Regierung durch die Chefredaktion abgelehnt wurden:

<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/pressemitteilungen/meldung/selbstzensur-rund-um-nahost-berichterstattung>

Journalistik: Interview mit Medienwissenschaftler Prof. Kai Hafez:

<https://journalistik.online/ausgabe-2024/der-gaza-krieg-die-deutschen-medien-und-die-falsche-seite-der-geschichte/>

6. Angebliche Solidaritätskundgebungen mit „Terrorist:innen“

Die *firm*-Broschüre kritisiert, dass *Palästina Spricht* „Solidaritätskundgebungen mit Terrorist:innen“ macht, dabei bezieht sie sich unter anderem auf Ahmad Manasra, zu dem die Broschüre nur zu sagen hat, dass er „inhaftiert“ sei wegen des versuchten Mordes an einem 13-jährigen sowie einem 20-jährigen Israeli im besetzten Ost-Jerusalem. Dies soll suggerieren, wer sich mit ihm solidarisiert, der sei dafür, Jugendliche mit Messern anzugreifen. Doch wer ist Ahmad Mansara?

Ahmad Manasra wurde mit 13 Jahren verhaftet, ohne die Anwesenheit eines Rechtsbeistands oder seiner Eltern verhört und ohne Beweise für seine Tatbeteiligung – und vielen Hinweisen, die in eine gegenteilige Richtung deuten – zu 12 Jahren Haft verurteilt, die

später auf 9,5 Jahre verkürzt wurden. In seiner Haft entwickelte er schwere psychische Erkrankungen: Schizophrenie, eine Psychose und schwere Depressionen. Etwa zehn Tage nach dieser Diagnose verhängte die israelische Gefängnisbehörde Einzelhaft gegen ihn, die fast zwei Jahre andauerte. Die gegen ihn verhängte Isolationshaft von mehr als 15 Tagen stellt einen Verstoß gegen das absolute Folterverbot dar. Die Forderung nach seiner Freilassung wird nicht nur von *Palästina Spricht* erhoben, sondern auch von beispielsweise *Amnesty International*. Hier vermittelt die *firm*-Broschüre ein verzerrtes Bild, denn die Frage, ob die Forderung nach einer Freilassung vielleicht gerechtfertigt ist, wird hier gar nicht gestellt.

Der Fall von Ahmad Manasra steht sinnbildlich für die Apartheid im Rechtssystem des Westjordanlandes. Denn für Palästinenser:innen gelten dort andere Rechte als für Israelis. So gilt im Westjordanland Militärrecht für Palästinenser:innen und Zivilrecht für Israelis. Palästinenser:innen werden von israelischen Siedler:innen immer wieder angegriffen und vertrieben, ohne reale Folgen befürchten zu müssen. Friedlicher Protest wird hart bestraft, so kann aufgrund der Militärverordnung 101 eine unangemeldete Versammlung von mehr als 10 Personen bis zu zehn Jahre Haft bedeuten. Ein „Vergehen gegen die Behörden“, kann mit lebenslanger Haft bestraft werden.

Über 9500 Palästinenser:innen befinden sich zurzeit in israelischen Gefängnissen. 5200 von ihnen werden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren festgehalten und 61 sind schon im Gefängnis gestorben. Außerdem gibt es vielfältige Berichte von systematischer Folter.

Folter, psychische Erkrankung, die Tatsache, dass Ahmad Manasra bei seiner Verhaftung noch ein Kind war, die Haftbedingungen in Israel – zu all dem verliert die *firm* kein Wort. Hauptsache, die Propaganda gegen die Genoss:innen funktioniert ungetrübt.

Quellen:

Amnesty International: Urgent Call, sich für Ahmad Manasra einzusetzen (09/2022):
<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/israel-sorge-um-gesundheit-von>

Human Rights Watch: „Born Without Civil Rights“ über das Militärrecht im Westjordanland (2019):
<https://www.hrw.org/report/2019/12/17/born-without-civil-rights/israels-use-draconian-military-orders-repress>

Amnesty International: „Israels Apartheid gegen die Palästinenser:innen“:
<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-08/Amnesty-Uebersetzung-Zusammenfassung-Bericht-Israels-Apartheid-against-Palestinians-2022.pdf>

1. Diffamierung statt Analyse

Die „Analyse“ der *firm* ist keine Analyse. In der Broschüre werden wichtige Fakten unterschlagen, Äußerungen absichtlich missinterpretiert, die Situation der Palästinenser:innen ausgeblendet, Doppelstandards angewandt und unbelegte Behauptungen verbreitet. Sie kommt im Gewand eines wissenschaftlichen Textes, versucht inhaltlich jedoch nicht einmal, dem gerecht zu werden.

Dennoch wird sie genutzt, um Versammlungsverbote und Einschränkungen zu begründen und städtische Räumlichkeiten und Personen unter Druck zu setzen, nicht mit *Palästina Spricht* zusammenzuarbeiten. Dabei liefert die Broschüre keinerlei Belege für den behaupteten „Antisemitismus“, „Verschwörungsideologien“ oder „Islamismus“ bei *Palästina Spricht*. Wie die Realität gezeigt hat, reicht es in der aktuellen politischen Situation allerdings aus, diese Vorwürfe ohne jeden Beleg in den Raum zu stellen, um beispielsweise städtische Räume für *Palästina Spricht* unzugänglich zu machen.

Gleichzeitig knüpft die Broschüre an den vorherrschenden Rassismus an, in dem Personen und Institutionen oft allzu willig bereit sind, Vorwürfe gegen migrantische Selbstorganisation ohne jede kritische Prüfung zu übernehmen und auf ihrer Basis zu handeln. Wir rufen dazu auf, sich der Diffamierung von *Palästina Spricht* entgegenzustellen und einzugreifen, wenn die *firm*-Broschüre als Begründung dafür angeführt wird, *Palästina Spricht* aus Bündnissen oder öffentlichen Räumen zu verbannen.

2. Zusammenarbeit einstellen

Die Broschüre der *firm* verfolgt eindeutig eine pro-israelische Agenda. Sie dient dazu, palästinensische Perspektiven aus der Münchner Öffentlichkeit zu verbannen und die Repression gegen Palästinenser:innen zu verstärken. Sich dahinter zu stellen, heißt, linke Werte aufzugeben. Wir finden es enttäuschend, dass Menschen mit antifaschistischem Selbstverständnis, Teil einer Organisation sind,

die während eines Genozids solch ein Papier herausbringt. Auch nachträglich hat sich keine Mitarbeiter:in der *firm* davon distanziert. Egal, wer diese Broschüre geschrieben hat, alle die bei der *firm* arbeiten und zum guten Ruf der *firm* z.B. mit Analysen zu antifeministischen oder rechten Strukturen beigetragen haben, tragen nun auch zu antipalästinensischer Hetze und der Ausgrenzung unserer palästinensischen Genoss:innen bei.

Wissenschaftliche und journalistische Minimalstandards, wie Kritik an einer Gruppe zunächst direkt der Gruppe gegenüber zu äußern und Gelegenheit für eine Reaktion zu geben, haben bei der *firm* offenbar keinen Wert. Stattdessen fördert sie bewusst staatliche Repression gegen linke Strukturen.

Genausowenig wie die antifaschistischen Beiträge der *firm* ihre Hetze gegen Palästinenser:innen legitimieren, können wir die *firm* im Gesamten weiterhin als antifaschistische Kraft begreifen.

Wir fordern von der *firm*, ihre Broschüre zu löschen und sich öffentlich für die Hetze gegen die Genoss:innen und die Repression, an der sie mitgewirkt haben, zu entschuldigen. Es ist Aufgabe aller linken und antifaschistischen Strukturen, dies durchzusetzen und bis dahin jedwede Zusammenarbeit mit der *firm* abubrechen.

IN AKTION GEGEN KRIEG UND MILITARISIERUNG | MÜNCHEN | OKTOBER 2025